

# Bedrohte Mitte

Eckhard Plambeck,  
Journalist

*Ist in der Mitte unserer Gesellschaft die verfassungsmäßige demokratische Ordnung in Sicherheit? Gibt es Bedrohungen nur an den Rändern? „Nein“ sagen 16 Autor\*innen einer neuen Studie und belegen das mit alarmierenden Zahlen.*

„Europa hat die schrecklichsten Erfahrungen gemacht mit dem Durchmarschieren-Lassen der Rechtsextremen. Dagegen muss man aufstehen. Auch in Deutschland sagen sie jetzt wieder: Man wird das doch wohl sagen dürfen. Nein. Es gibt Dinge, die man nicht mehr sagen darf.“ So schlicht formulierte es EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker kürzlich in einem Interview mit dem Berliner „Tagesspiegel“ über die Gefahren, die er in populistischen autoritären und rechtsextremen Tendenzen sieht.

Genau damit befasst sich die Leipziger Studie „Flucht ins Autoritäre“ von 2018. Seit 2002 werden die Leipziger Untersuchungen zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland durchgeführt und deren Ergebnisse alle zwei Jahre vorgestellt. Die aktuelle Studie der als „Mitte Studie“ bekannten Reihe wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung und von der Otto Brenner Stiftung unterstützt. Mit dem neuen Reihen-Titel „Leipziger Autoritarismus-Studie“ geht diesmal eine stärkere inhaltliche Fokussierung auf autori-

täre Einstellungen der Befragten einher, so die Herausgeber. Der Titel „Mitte-Studie“ wird künftig für die Studienreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung verwendet.

## Verwundbarer Schutzraum

Gibt es extreme Einstellungen nur am rechten und linken Rand unserer Gesellschaft? Ist die viel zitierte Mitte ein unverwundbarer Schutzraum unserer Werte? Beide Fragen werden gerne mit einem überzeugten „Ja“ beantwortet. Wer das aber wirklich glaubt, liegt falsch, sagen die Herausgeber der Studie, Oliver Decker und Elmar Brähler. Nach den 2018 geführten Interviews mit rund 2.500 Personen und der Auswertung von Fragebögen, die die Interviewten allein ausfüllten, liegt ein Ergebnis vor, das mit dem Mythos von der sicheren Mitte gründlich aufräumt. Die in zahlreichen Tabellen und Grafiken dokumentierten Ergebnisse sind ernüchternd. Fünf Antwortkategorien gab es in den Fragebögen zu rechtsextremen Einstellungen. 1: Lehne völlig ab, 2: Lehne überwiegend ab, 3: Stimme teils zu, teils nicht zu, 4: Stimme überwiegend zu und 5: Stimme voll und ganz zu. Besonders die Kategorie 3, die die latente Zustimmung zu den gestellten Fragen beziehungsweise Thesen ausweist, enthält bedenkliche Prozentwerte.

## Die Heilige Kuh

Gut jede\*r fünfte Deutsche ist es im Durchschnitt bei

dieser Auswahl, der oder die nicht sagt: „Das lehne ich ab“. Auch nicht: „Das lehne ich überwiegend ab.“ Überwiegend oder voll zustimmen will diese Gruppe beim Ausfüllen der Fragebögen an dieser Stelle aber auch nicht. Die Autor\*innen der Studie sehen hier eine gewisse Nähe zum Inhalt der jeweiligen Aussage und in der zugegebenen Unentschiedenheit ein latentes Potenzial für den Rechtsextremismus in Deutschland. Oliver Decker sagt: „Wir wollen die Schmach öffentlich machen, dass die demokratisch verfasste Gesellschaft nicht von den Rändern bedroht wird, sondern mitten aus ihrem scheinbar stabilen Zentrum“, was nichts anderes bedeutet, als eine heilige Kuh zu schlachten, nämlich den vermeintlich heilbringenden Begriff „Mitte der Gesellschaft“. Kaum eine politische Rede kommt ohne ihn aus. Alle demokratischen Parteien wollen Parteien der Mitte sein und beschwören sie wie einen Fetisch, der nach den Ergebnissen dieser Studie nicht hält, was er verspricht.

## Autoritäres Syndrom

Dann gibt es auf den ersten Blick eine gute Nachricht: Etwa 94 Prozent der Befragten befürworten 2018 die „Idee der Demokratie“. Mit dem zweiten Blick aber kommt eine Einschränkung: 70 Prozent nämlich vermissen ihren Einfluss auf die Politik und knapp 60 Prozent halten es daher für sinnlos sich zu engagieren. Nur 50 Pro-

## Zur Leipziger Studie „Flucht ins Autoritäre“



zent sind mit der Umsetzung der Demokratie in Deutschland zufrieden. Gründe dafür sehen die Autor\*innen in der Unzufriedenheit mit den Grundrechten, die anderen gewährt werden. Zwar stimmen 86 Prozent der Befragten den Forderungen nach Schutzrechten für das Individuum ausdrücklich zu, diese sollen aber nicht uneingeschränkt für alle gelten. Eine Absage an eine der wichtigsten Säulen einer pluralen Demokratie, in der die Anerkennung individueller Schutzrechte nicht teilbar ist.

Fast 50 Prozent der Befragten in Westdeutschland und sogar 57 Prozent in Ostdeutschland wollen die Rechte bestimmter Gruppen beschneiden. Vor diesem Hintergrund wurde der Wunsch nach autoritärem Handeln und die Bereitschaft zu „autoritärer Unterwürfigkeit“ untersucht. Die Prozentwerte der Antworten auf drei Aussagen machen die Ansprechbarkeit für eine autoritäre Herrschaft innerhalb der Bevölkerung sichtbar:

1. Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind: 14,3 Prozent gar nicht / wenig, 21,0 Prozent etwas, 64,6 Prozent ziemlich / voll und ganz.
2. Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen: 43,4 Prozent gar nicht / wenig, 33,3 Prozent etwas, 23,3 Prozent ziemlich / voll und ganz.
3. Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht infrage gestellt werden: 29,2 Prozent gar nicht / wenig, 31,1 Prozent etwas, 39,8 Prozent ziemlich / voll und ganz

Die Autor\*innen der Studie sprechen hier vom „autoritären Syndrom“: Die widersprüchlich erscheinenden Forderungen nach individuellen Freiheitsrechten und nach Einschränkung dieser Rechte für die „anderen“ folge Bedürfnissen, die nah beieinanderliegen: Man selbst möge vom Schutz der Mehrheitsgesellschaft profitieren, gleichzeitig aber „andere“ aus dieser Mehrheit heraus legitim abwerten können.

## Feindbild Muslime

Hierzu gibt es in der Untersuchung das Kapitel „Muslimfeindschaft in der deutschen Bevölkerung“ und die Frage nach der Bedeutung religiöser Zugehörigkeit als Referenzobjekt für autoritäre Einstellungen. Zwei Gruppen werden unter-

schieden: Personen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild und Personen ohne ein solches Weltbild, die aber gegen Zuwanderung, muslimische Zuwanderung und den Islam eingestellt sind. Demnach lehnen nicht nur Mitglieder des harten rechtsextremen Kerns den Islam und seine Mitglieder ab. Eine Konsequenz ist das Wahlverhalten der Deutschen. Die allgemein bekannten öffentlichen Auftritte von Politiker\*innen der AfD, die sich in erster Linie gegen Zuwanderung und eine aus ihrer Sicht starke Ausbreitung des Islams in Stellung gebracht haben, stoßen bei beiden Gruppen auf großes Interesse. Das belegen die Zahlen der Befragung: 74 Prozent der AfD-Wähler\*innen sind der Meinung, dass Muslima und Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte. Bei den anderen Parteien liegt der Anteil unter 50 Prozent. Sogar 84 Prozent der AfD-Wähler\*innen stimmen der Aussage zu, Asylbewerber\*innen müssten gar nicht befürchten, in ihrer Heimat verfolgt zu werden. Bei den anderen Parteien liegt dieser Anteil unter zwei Dritteln.

Die Autor\*innen kommen zu dem Ergebnis: „Die Muslimfeindschaft ist für die AfD-Anhänger\*innen ein zentraler Faktor für ihre Wahlentscheidung. Die Studie sieht in der AfD-Wählerschaft nicht vorrangig Modernisierungsverlierer\*innen. Als verantwortlich für ihre Wahlentscheidung sieht sie eine Mischung aus Autoritarismus, politischer Entfremdung, die sich vor allem in Politikverdrossenheit äußert, und Sorge vor ‚kultureller Überfremdung‘.“

„Die Gesellschaft wird von einer autoritären Dynamik beherrscht, die das Einverständnis vieler Bürger hat“, stellen die Herausgeber fest. Und weiter: „Diese Dynamik, so unsere These, bringt die rechtsextreme Einstellung hervor. Der populistische Agitator verführt seine Zuhörer nicht, er greift vielmehr in fast schlafwandlerischer Sicherheit deren Bedürfnisse auf.“

Oliver Decker ist Leiter des Forschungsbereichs Sozialer und medizinischer Wandel an der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig und dort zudem Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung. Er leitet gemeinsam mit Elmar Brähler die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland. Die aktuelle Studie (328 Seiten) ist im Psychosozial-Verlag erschienen.

## Es stimmen teils zu, teils nicht zu:

18,6 %: Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

17,9 %: Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.

24,0 %: Was Deutschland braucht, ist eine einzige starke Partei, die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

21,6 %: Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.

29,8 %: Ausländer kommen nur hierher, um den Sozialstaat auszunutzen.

20,7 %: Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.

20,5 %: Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.

26,7 %: Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

19,5 %: Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.

21,5 %: Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.

13,8 %: Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

28,1 %: Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

20,1 %: Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

21,8 %: Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.